

Autor: Thomas Vitzthum

Titel: 50.000 Stimmen für Grundeinkommen für alle

Quelle: WELT ONLINE, 18. Februar 2009

Verlag: Axel Springer AG

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Thomas Vitzthum

Die erfolgreichste E-Petition:

50.000 Stimmen für Grundeinkommen für alle

Diese Geschichte könnte ein Lehrstück werden, wie sich im Multimedia-Zeitalter eine Form von direkter Demokratie durchsetzen kann: Auf der Internetseite des Bundestages hat man die Möglichkeit, Petitionen einzubringen. Der Wunsch einer Bürgerin nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zieht jetzt zehntausende auf die Seite.

Irgendwann zwischen 18 Uhr und 18.15 Uhr am Dienstagabend durchbrach Susanne Wiests Petition die magische Grenze. Auf der Internetseite des Petitionsausschusses des Bundestages quitierte der 50.000. Bürger mit seinem Namen seine Zustimmung zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Petition der Greifswalderin ist damit mit Abstand die erfolgreichste der letzten Jahre.

Seit 2005 gibt es die Möglichkeit, Petitionen online zu stellen. Die Idee übernahm der Bundestag vom schottischen Parlament. Meist sind es ganz private Interessen, die die Initiatoren umtreiben. So bittet die aktuell zweiterfolgreichste Petition um eine angemessene Vergütung von Auszubildenden in Heilberufen. Immerhin knapp 4000 Bürger finden das offensichtlich gut. Die meisten Antragsteller müssen sich aber mit unter 300 Sympathisanten bescheiden.

Dagegen hat sich hinter Susanne Wiest beinahe schon eine Massenbewegung formiert. Das Reglement sieht vor, dass der Petitionsausschuss den Initiator hören muss, wenn sich innerhalb von drei Wochen 50.000 Unterzeichner finden. Susanne Wiest brauchte

sechs Wochen. „Ich hoffe aber, dass ich gehört werde, schließlich hat die Seite des Bundestages den Ansturm technisch nicht gepackt, das ist nicht unsere Schuld“, sagt sie.

Auch am Dienstag ließ sich die Seite häufig nicht öffnen. „Wenn viele durch eine Tür wollen, dann verstopft sie eben“, sagt ein Referent des Petitionsausschusses. Wegen der technischen Probleme war die Zeichnungsfrist bereits verlängert worden, ursprünglich sollte am 10.2. Schluss sein.

Die Geschichte der Petition ist ein Lehrstück darüber, wie sich Formen direkter Demokratie im Multimedia-Zeitalter durchsetzen können und wie mit Hilfe des Internets aus einem privaten Ansinnen eine kleine Bürgerbewegung werden kann.

Susanne Wiest ist Tagesmutter. Deshalb wollte sie sich ursprünglich beim Petitionsausschuss nur darüber beklagen, dass sie seit Januar ihr Einkommen anders versteuern muss als zuvor. Dadurch verdient sie weniger. Doch diese Petition wurde nicht akzeptiert. Die Vision eines bedingungslosen Grundeinkommens von bis zu 1500 Euro pro Bürger wurde hingegen angenommen und zwei Tage vor Silvester freigeschaltet.

Susanne Wiest schickte daraufhin einige Mails an Freunde und Bekannte, wünschte sich ein wenig Unterstützung. Doch passierte erst einmal kaum etwas. Im Laufe der kommenden beiden Wochen wurden aber mehrere Blogger auf die Idee aufmerksam. Am 15. Januar berichtete die Schweizer "Initiative Grundeinkommen" auf ihrer Internetseite davon. Es folgte die deutsche Seite „freiheitstattvollbeschaeftigung.de“. Drei Tage später stieg die Zahl der Unterzeichner plötzlich rasant an. Am 18. Januar hatte der Gründer der Drogeriemarkt-Kette dm, Götz Werner, die Petition in einem Newsletter verschickt, der an Tausende Menschen ging; Werner setzt sich seit Jahren für das Grundeinkommen ein.

Ende Januar sprach Wiest auf einem Kongress in Hannover über ihre Idee. Die Rede landete als [Film auf Youtube](#), wurde fast 12.000 Mal geklickt. Im späteren Verlauf hat sich der Hinweis auf die Petition rasant über das soziale Netzwerk von „Twitter“ verbreitet. „Ich bin wirklich keine Internetaktivistin“, sagt Susanne Wiest. „Es ist einfach etwas ins Rollen geraten.“

Ob der Petitionsausschuss Susanne Wiest die Gelegenheit geben wird, vorzusprechen, ist noch nicht entschieden. Bis zur nächsten öffentlichen Sitzung am 2. März bleibt zur Vorbereitung jedenfalls zu wenig Zeit, denn zunächst müssen nun zwei Berichterstatter das Ansinnen prüfen. Der Ausschuss dürfte dann in einigen Monaten beraten, ob er den

Fraktionen des Bundestags oder der Regierung den Vorschlag macht, sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen auseinanderzusetzen.

Dass die Petition sang- und klanglos verschwindet, ist indes unwahrscheinlich. In allen Parteien gibt es Verfechter dieser und ähnlicher Ideen. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) etwa warb vor seinem Skiunfall für ein „solidarisches Bürgergeld“. Die Linke will Susanne Wiest helfen, ihre Idee persönlich vortragen zu können. Die stellvertretende Vorsitzende Katja Kipping, die als Verfechterin des Bürgergelds gilt, sagte: „Eine Petition, die eine so große Zahl von Unterstützenden findet, verdient eine Anhörung – und das unabhängig davon, wie man im Detail zu den Inhalten der Petition steht.“

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Rechteinhabers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme weiterverarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.